

- 1 **Frauendienstpflicht à la Norwegen?**
- 3 **Archive: Basis für Vergangenheitsbewältigung**
- 6 **Anforderungen an einen heutigen Pazifismus**
- 12 **20 Jahre Zivildienst in der Schweiz**

- 16 **Thailand im SFR-Friedenskalender 2017**
- 22 **Zehn Gründe gegen die neue SVP-Initiative**
- 27 **ATT-Konferenz: Meilenstein oder Papiertiger?**
- 31 **Ein grosser Karikaturist: Nachruf auf H.U. Steger**

Die Studiengruppe Dienstpflichtsyste^m lieferte ihren Bericht mit einer Empfehlung ab

Frauendienstpflicht à la Norwegen?

Eine im Nachgang zum seinerzeitigen Volksbegehren zur Aufhebung der Wehrpflicht eingesetzte Studiengruppe benennt die Probleme des heutigen Dienstpflichtsyste^ms und stellt ein interessantes Modell einer künftigen Reform vor. Trotzdem dürfte das sogenannte Norweger-Modell kaum Ausichten auf eine Realisierung haben.

/ Peter Weishaupt /

Es war ein eindeutiges Abstimmungsresultat: Die am 22. September 2013 zum Entscheid gelangte Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» erlitt eine gewaltige Abfuhr, kein einziger Kanton war dafür und 73,2 Prozent der Abstimmenden (bei einer Beteiligung von 47 Prozent) lehnten den Vorstoss ab. Daraus aber zu schliessen, die Debatte über die allgemeine Dienstpfl^{ic}ht sei gegenstandslos geworden, wäre eine Täuschung. Denn die strukturellen Gründe, wieso die Wehrpflicht ein Auslaufmodell darstellt, sind geblieben, ebenso dass in Europa nur noch unser Nachbarland Österreich etwas Vergleichbares kennt.

Armeeführung wie Bundesrat hatten keine eigentliche Debatte über die Wehrpflicht gewollt, sondern sich in der Gewissheit gewährt, dass das Begehren sowieso aussichtslos sein würde. So jedenfalls ist zu erklären, dass ein unmo-

tiervter Abstimmungskampf erfolgte und die Regierung sich eine ziemlich dürftige Abstimmungsbotschaft leistete, in der weder eine Auslegeordnung möglicher Dienstmodelle noch eine kritische Wertung der Wehrpflicht erfolgte, und dass Parlament wie Bundesrat auch keinerlei Gedanken an einen Gegenvorschlag verschwendeten.

Befriedigt war die Regierung aber auch nicht, sondern gelobte noch vor der Abstimmung, eine Expertengruppe zur Überprüfung des Dienstpflichtsyste^ms einzusetzen. Eine solche Studiengruppe nahm am 1. Mai 2014 unter der Leitung von alt Nationalrat Arthur Loepfe ihre Arbeit auf. Sie setzte sich vorwiegend aus VertreterInnen von Bundesstellen, kantonalen Regierungs- und Fachkonferenzen sowie Armeeverbänden und weiteren Organisationen zusammen. Aus wehrpflichtkritischen Kreisen war einzig eine Vertretung des Zivildienstverbandes CIVIVA in der Person von Heiner Studer vertreten. Nach einigem Biegen und Brechen und reichlich Zeit

schaffte es die Studiengruppe, auf den 15. März dieses Jahres ihren Bericht abzuschliessen und sogar eine Empfehlung für eine Präferenz zu formulieren.

Der Bundesrat nahm den Bericht an seiner Sitzung vom 6. Juli zur Kenntnis und empfahl allen Interessierten etwas lahm, «anhand dieses Berichts über das künftige Dienstpflichtsyste^m zu diskutieren». Zuerst sollen das Verteidigungs- und das Wirtschaftsdepartement die Empfehlungen des Berichts gemeinsam auswerten. Anschliessend sollen diese dem Bundesrat Massnahmen zum weiteren Vorgehen unterbreiten. «Es handelt sich dabei um einen Prozess mit langfristiger Perspektive», schränkt der Bundesrat ein. Was also dabei herauskommt, ist vorerst völlig offen.

Wie wir in unserem Editorial in der **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 5 vom Juni 2013 ausgeführt haben, war das Erstaunlichste an der damaligen Wehrpflichtabstimmung, dass sie infolge einer Volksinitiative stattfand und nicht aufgrund einer Vorlage von Parlament und Regierung. Obwohl seit Mitte der 1990er-Jahre das Militärdepartement verschiedene Studienaufträge für Zukunftsmodelle der Wehrpflicht in Auftrag gegeben hat und eine lebendige öffentliche Diskussion dazu mit einer Vielzahl von Ideen und Modellen –

